
Vorsitz: Litauen**721. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 12. Juni 2013

Beginn: 10.05 Uhr

Schluss: 12.15 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter G. Čekuolis

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: SICHERHEITSDIALOG

Vortrag über Frauen, Frieden und Sicherheit und die Verhütung sexueller Gewalt bei Konflikten von Dr. A. Long, Erster Polizeiberater, und J. Upton, Policy and Programme Manager, Prevention of Sexual Violence in Conflict Initiative, Ministerium für auswärtige und Commonwealth-Angelegenheiten der Regierung des Vereinigten Königreichs. „Wie können wir die Arbeit des FSK fördern und die Zusammenarbeit stärken? Unterstützung der Umsetzung von UNSCR 1325“ von B. Koçığıt, FSK-Koordinatorin für Angelegenheiten im Zusammenhang mit UNSCR 1325: Vorsitz, Dr. A. Long (FSC.DEL/100/13 OSCE+), J. Upton (FSC.DEL/100/13 OSCE+), FSK-Koordinatorin für Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Umsetzung von UNSCR 1325 (Türkei) (FSC.DEL/102/13 OSCE+), Irland – Europäische Union (mit dem Beitrittsland Kroatien; den Bewerberländern ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island, Montenegro und Serbien; den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländern Albanien und Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien und Moldau) (FSC.DEL/101/13), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 1), Türkei, Vereinigtes Königreich, FSK-Koordinator für den Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit (Deutschland), Kroatien, Finnland, Österreich

Punkt 2 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

- (a) *Beitrag zur Finanzierung von Projekten in Zusammenhang mit dem Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit: Deutschland (Anhang 2)*
- (b) *Verabschiedung der Nationalen Sicherheitsstrategie 2013 durch die Regierung Spaniens am 31. Mai 2013: Spanien (Anhang 3)*

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Verteilung eines Arbeitsdokuments durch den Koordinator des FSK-Vorsitzes für Fragen der Nichtverbreitung über die OSZE-Prinzipien zur Regelung der Nichtverbreitung (FSC.DEL/99/13 OSCE+): Vorsitz, Koordinator des FSK-Vorsitzes für Fragen der Nichtverbreitung (Ukraine), Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten von Amerika, Ukraine, Frankreich, Belarus, Polen*
- (b) *Übermittlung von zwei Notifikationen am 5. Juni 2013 betreffend Verifikationsmissionen aufgrund der Hochwasserlage in Deutschland: Deutschland*
- (c) *Protokollarische Angelegenheiten: Rumänien, Vorsitz*
- (d) *Informelles Treffen zum Treffen der Leiter der Verifikationszentren 2013 am 13. Juni: Vorsitz*

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 26. Juni 2013, 10.00 Uhr im Neuen Saal

721. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 727, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Herr Vorsitzender,

gestatten Sie mir, eingangs Ihnen und unseren hervorragenden Referenten, Dr. Andrew Long und Frau Jackie Upton von der Initiative *Prevention of Sexual Violence in Conflict* des Ministeriums für auswärtige und Commonwealth-Angelegenheiten des Vereinigten Königreichs, sowie meiner Kollegin, Frau Bilge Koçığıt, FSK-Koordinatorin für Angelegenheiten im Zusammenhang mit Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, unseren Dank für ihre ausgezeichneten Vorträge auszusprechen.

Die Verhütung sexueller Gewalt in Konflikten ist ein Thema, das uns alle angeht. Sexuelle Gewalt zieht absolut negative Folgen für die Vitalität der Zivilbevölkerung und die Stabilität eines Staates nach sich. Die Schäden, die sie den Menschen auf physischer, geistiger und psychologischer Ebene zufügt, beeinträchtigen das Wohlergehen von Gemeinschaften, von Familien und der ganzen Gesellschaft. Wenn die politischen, rechtlichen und richterlichen Institutionen eines Landes Fällen von Vergewaltigung und sexueller Gewalt nicht nachgehen, entsteht eine Kultur der Straflosigkeit, in der allen, Frauen wie Männern – und nicht nur den Überlebenden –, ein Leben in Würde versagt bleibt. In letzter Konsequenz nimmt das einer Nation ihre Aussicht auf eine sichere und gedeihliche Zukunft.

Im Dezember 2011 haben die Vereinigten Staaten den Nationalen Aktionsplan für Frauen, Frieden und Sicherheit präsentiert, der als umfassendes, die gesamte Regierung einbindendes Konzept die Regierung anleitet, ihre Expertise und Fähigkeit verstärkt in den Dienst der Notwendigkeit zu stellen, Frauen einzubinden und zu schützen und Gewalt zu verhindern. Diese Initiative stellt die Art und Weise, wie die Vereinigten Staaten an die Unterstützung von Frauen in Konfliktgebieten auf diplomatischer, militärischer und entwicklungspolitischer Ebene herangehen, auf eine neue Basis. Darüber hinaus haben die Vereinigten Staaten im August 2012 ihre allererste Strategie zur weltweiten Verhütung und Bekämpfung geschlechtsbezogener Gewalt der Öffentlichkeit vorgestellt. Zu beiden Strategien gibt es eine Durchführungsverordnung des Präsidenten.

Bei der Verhütung von geschlechtsbezogener Gewalt einschließlich sexueller Gewalt in Konflikten geht es nicht nur um Frauenrechte, sondern um die Gewährleistung einer

wirksamen Außenpolitik zur Förderung von Stabilität, Wohlstand und Frieden. Wir zollen dem Vereinigte Königreich unsere Anerkennung dafür, dass es mit der Initiative zur Verhütung sexueller Gewalt des Ministeriums für auswärtige und Commonwealth-Angelegenheiten in dieser Frage die Federführung übernommen und damit die anderen G8-Nationen, den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und internationale Organisationen wie die OSZE zur Unterstützung dieser Bemühungen veranlasst hat.

Wir müssen jedoch einräumen, dass dieses Problem sich nicht nur auf Konfliktgebiete beschränkt, sondern ein Thema ist, mit dem wir uns unbedingt auch in unseren Streitkräften befassen müssen. Wie wir an unsere eigenen Probleme herangehen, ist genauso wichtig, wie die Frage, wie wir weltweit an die Probleme unserer Mitmenschen herangehen. Es ist Ihnen sicher allen bekannt, dass sich die Vereinigten Staaten mit der geschlechtsbezogenen Gewalt in ihren eigenen Streitkräften auseinandersetzen. Wichtig ist dabei, dass wir an unsere Verantwortung und Rechenschaftspflicht denselben Maßstab anlegen wie bei anderen. Präsident Obama formulierte das in seiner Rede vor den Absolventen der Marineakademie der Vereinigten Staaten im Mai wie folgt: „Wir können nicht die Augen davor verschließen, dass es auch hier, in unseren Streitkräften, Fehlverhalten Einzelner gegeben hat, dessen Auswirkungen größere Kreise ziehen kann. [...] Wer sexuelle Gewalt verübt, begeht nicht nur ein Verbrechen, sondern gefährdet damit das Vertrauen und die Disziplin, auf denen die Stärke unserer Streitkräfte beruht“. Tags unterstrich US-Verteidigungsminister Chuck Hagel in seiner Rede vor den Absolventen der Militärakademie West Point, dass jeder seinen Teil zur Lösung beitragen müsse: „Sexuelle Belästigung und sexuelle Gewalt in den Streitkräften stellen einen schweren Verrat an den Eiden dar, die wir geschworen haben, und zerstören Vertrauen. Dieses Übel muss ausgeremert werden. Wir stehen alle in der Pflicht und Verantwortung, dafür zu sorgen, dass das wirklich geschieht.“

Man darf auch nicht außer Acht lassen, dass die Bemühungen zur Verhütung sexueller Gewalt in Konflikten und in unseren Streitkräften andere Elemente des umfassenden Ansatzes von UNSCR 1325 in Bezug auf Frauen, Frieden und Sicherheit ergänzen. Gegen sexuelle Gewalt vorzugehen, ist nur ein Aspekt unseres Herangehens an das Thema „Frauen, Frieden und Sicherheit“, zu dem auch Bestrebungen gehören, Frauen verstärkt in Friedensverhandlungen, friedensstiftende Aktivitäten, Konfliktverhütung und beschlussfassende Organe einzubinden. Ebenso wie Bemühungen, Frauen vor geschlechtsbezogener Gewalt in und nach Konflikten zu schützen und dafür zu sorgen, dass sie gleichen Zugang zu Soforthilfe und Unterstützung im Hinblick auf ihre Genesung erhalten. Wir unterstützen die Bemühungen um einen OSZE-weiten Aktionsplan zu UNSCR 1325, der uns in unserem Streben nach einer verbesserten Umsetzung in allen diesen Bereichen im gesamten OSZE-Raum leiten soll.

Vor allem darf man sich aber nicht damit zufrieden geben, die Aufmerksamkeit nur auf die Frage von UNSCR 1325 zu lenken. Das FSK wurde von den Ministern beauftragt, ihre Umsetzung im OSZE-Raum aktiv zu fördern. Unser Engagement in der Frage Frauen, Frieden und Sicherheit wird an unserer Implementierung zu messen sein. Der Implementierungsplan des US-Außenministeriums für den Nationalen Aktionsplan zu Frauen, Frieden und Sicherheit ist eine Orientierungshilfe, wie das Außenministerium sowohl in Washington als auch über die Botschaften und Konsulate der Vereinigten Staaten in der ganzen Welt die Sache der Frauen, des Friedens und der Sicherheit fördern kann. Der Plan enthält einige praktische Beispiele für die Umsetzung (und kann online über die Website des US-Außenministeriums eingesehen werden:

<http://www.state.gov/documents/organization/196726.pdf>). Im letzten Monat hat Ihnen das Mike Smith, Programmdirektor unserer *Global Peace Operations Initiative* des US-Außenministeriums, anhand eines Beispiels aus der Praxis erläutert. In seinem Referat im FSK am 8. Mai sprach er über die Lehren aus den Erfahrungen der Vereinigten Staaten mit der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans der Vereinigten Staaten in der Ausbildung für Friedenseinsätze.

Wir haben eine Phase erreicht, in der wir von den sinnvollen Diskussionen im Rahmen des Sicherheitsdialogs zu konkreten Vorstellungen kommen sollten, wie das FSK im Hinblick auf Frauen, Frieden und Sicherheit tätig werden kann. Die Redner der heutigen Sitzung haben deutlich gemacht, dass diese Herausforderungen keinen Aufschub dulden, sondern von allen OSZE-Teilnehmerstaaten umgehendes Handeln verlangen.

Danke, Herr Vorsitzender.

Ich ersuche höflich um Beifügung dieser Erklärung zum Journal der heutigen Sitzung.

721. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 727, Punkt 2 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DEUTSCHLANDS**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

wie Sie sich sicher erinnern, haben im Jahr 2013 bereits einige Teilnehmerstaaten Projekte im Zusammenhang mit dem Verhaltenskodex finanziell unterstützt. Hier geht es darum, Seminare zu fördern, hochrangige Sprecher einzuladen und auch die Durchführung unserer jährlichen Diskussion hier in Wien sicherzustellen. Zuletzt hat Deutschland zusammen mit der Schweiz die Übersetzung dieses wichtigen Dokuments in die arabische Sprache gefördert.

Es freut mich, dass ich Ihnen heute mitteilen kann, dass die Bundesrepublik Deutschland nunmehr mit weiteren 36 000 EUR Maßnahmen des Verhaltenskodex im Jahr 2013 unterstützen wird.

Dieses Geld kann sowohl für die anstehenden Seminare in Bosnien und Herzegowina sowie in Malta, als auch für weitere Maßnahmen genutzt werden.

Wir sind von der Sinnhaftigkeit aller Projekte, die den Verhaltenskodex betreffen, überzeugt und würden uns freuen, wenn sich auch weitere Teilnehmerstaaten der Förderung der Weiterverbreitung dieses wichtigen Themas anschließen könnten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

721. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 727, Punkt 2 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION SPANIENS**

Herr Vorsitzender,

die spanische Delegation möchte dem Forum für Sicherheitskooperation zur Kenntnis bringen, dass der spanische Ministerrat am Freitag, dem 31. Mai, die spanische Sicherheitsstrategie 2013 verabschiedet und ein Königliches Dekret zur Schaffung eines Nationalen Sicherheitsrats im Range eines Nationalen Sicherheitsausschusses der Regierung gebilligt hat. Dieser Nationale Sicherheitsrat, dessen Schaffung keinerlei Kosten verursachen wird, wird unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten mehrere Minister und andere für Sicherheit zuständige hochrangige Regierungsvertreter umfassen.

Die Strategie ist eine Fortsetzung des umfassenden nationalen Sicherheitsansatzes. Als Instrument der heutigen Zeit spiegelt es die Risiken und Bedrohungen wider, mit denen wir in einer sich beständig und tiefgreifend verändernden Welt konfrontiert sind. In diesem Sinne geht sie von einem umfassenden Sicherheitskonzept aus, das die weltweiten Veränderungen berücksichtigt, die den Staat und das tägliche Leben der Bürger betreffen. Die Sicherheit umfasst ganz verschiedene Bereiche, und die im Wesentlichen grenzüberschreitenden und dimensionsübergreifenden Risiken und Bedrohungen der Sicherheit in unserer Zeit erfordern umfassende Antworten.

Somit bringt dieser neue Rahmen den Sicherheitsansatz Spaniens und seiner Bevölkerung auf einen zeitgemäßen Stand nach dem Beispiel der in dieser Hinsicht fortschrittlichsten Nationen, die über ähnliche Verfahren und Gremien verfügen. Darüber hinaus hierarchisiert und verstärkt er ihn.

Herr Vorsitzender,

die Nationale Sicherheitsstrategie 2013 wählt insofern einen umfassenden und globalen Sicherheitsansatz, als sie einen breiten Handlungsrahmen absteckt. In der Vergangenheit beschränkte sich das nationale Sicherheitskonzept auf die Verteidigung und die öffentliche Sicherheit. In der heutigen Zeit kommen jedoch neue Akteure und Bedrohungen hinzu, sodass die nationale Sicherheit auch mit neuen Risiken wie etwa Bedrohungen aus dem Internet konfrontiert ist.

Insgesamt gilt die Strategie folgenden zwölf Bedrohungen für unsere Sicherheit: bewaffnete Konflikte, Terrorismus, Cyber-Bedrohungen, organisierte Kriminalität, wirtschaftliche und finanzielle Unsicherheit, Angriffsflächen im Energiebereich, irreguläre Migrationsströme, Massenvernichtungswaffen, Spionage, Notfälle und Naturkatastrophen, Gefährdung der Meeresgebiete, kritischer Infrastrukturen und wesentlicher Dienste.

Die Nationale Sicherheitsstrategie 2013 wird von der Abteilung für nationale Sicherheit im Amt des Ministerpräsidenten koordiniert und ist eine überarbeitete Fassung der 2011 von der Vorgängerregierung verabschiedeten Strategie, über die wir dem Forum für Sicherheitskooperation in seiner Sitzung vom 6. Juli 2011 durch eine Erklärung der spanischen Delegation unterrichtet haben, die dem Journal dieser Sitzung mit der Nummer FSC.JOUR/657 als Anhang beiliegt.

Herr Vorsitzender,

da es sich um eine im eigentlichen Sinn staatliche Strategie handelt, geht es der Regierung mit der Strategie 2013, die auch von der wichtigsten Oppositionspartei politisch mitgetragen wird, um die Stärkung des politischen und sozialen Konsenses, der niemanden ausschließen soll.

Das Dokument, das über die Website der spanischen Regierung (<http://www.lamoncloa.gob.es/home.htm>) verfügbar ist, ist in fünf Kapitel gegliedert:

- Kapitel 1 erläutert das umfassende Konzept der nationalen Sicherheit anhand der derzeitigen Risiken und Bedrohungen;
- Kapitel 2 setzt die Sicherheit in Spanien in den Kontext der weltweiten Sicherheit und erläutert die strategischen Hauptprioritäten des von Vielfalt und Pluralismus gekennzeichneten spanischen Staates;
- Kapitel 3 identifiziert die wesentlichen Risiken und Bedrohungen für die nationale Sicherheit;
- Kapitel 4 definiert anhand der uns betreffenden Risiken und Bedrohungen prioritäre Bereiche, in denen die nationale Sicherheit tätig werden muss;
- Kapitel 5 definiert das Nationale Sicherheitssystem, das ein koordiniertes Handeln der Behörden ermöglicht, damit die tatsächlich verfügbaren Ressourcen effizient und sinnvoll genutzt werden können.

Herr Vorsitzender,

ich bitte um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.